

Neuer Verein gibt Gegensteuer

POLITIK Die Agrarpolitik 2014–2017 sorgt weiterhin für rote Köpfe. Das ist das Fazit des neu gegründeten Vereins für eine produzierende Landwirtschaft (vpl). Er will verhindern, dass die einheimische Landwirtschaft zur planwirtschaftlichen Landschaftsgärtnerei verkommt.

Es ist höchste Zeit für einen Kurswechsel. Dies ging aus den Äusserungen am Informationsanlass in Aeschi vom 29. April hervor, zu dem der vpl eingeladen hatte. «Die bisherige Stossrichtung des Bundesrates und des Bundesamtes für Landwirtschaft ist verfehlt und keineswegs erfolgreich», meinte SVP-Nationalrat Rudolf Joder (Belp) und: «Trotz gesetzgeberischem Aktivismus in dichter Folge und des vierjährigen Zahlungsrahmens für die Landwirtschaft von über 15 Milliarden Franken kann der landwirtschaftliche Leistungsauftrag gemäss Art. 104 der Bundesverfassung immer weniger erfüllt werden.» Es sei inakzeptabel, dass die Bauern zunehmend unter die Fuchtel des Bundesamtes gerieten und die Landwirtschaft dadurch definitiv zu einer planwirtschaftlich ausgerichteten Landschaftsgärtnerei verkomme. Unannehmbar seien auch die vom Bundesrat angestrebten Freihandelsabkommen mit der EU, den USA, Brasilien und Indien. Denn diese seien eine ernste Bedrohung für die Landwirtschaft, sie würden dazu führen, dass der Selbstversorgungsgrad noch weiter sinke.

Weniger Bürokratie gefordert

SVP-Grossrat und Landwirt Thomas Knutti (Weissenburg) kritisierte das umfassende Beamtenum. In den letzten zwölf Jahren seien 13 000 Betriebe aufgegeben, 42 000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche schwinde jährlich um mehr als 2000 Hektaren, hingegen



Die Redner und Vorstandsmitglieder am Info-Abend in Aeschi (v.l.): Thomas Knutti, Vanessa Lincoln, Rudolf Joder und Samuel Graber.

BILD UELI SCHMID

Was der vpl will

Hervorgegangen aus einer SVP-Gruppe um Rudolf Joder und Samuel Graber wurde der vpl am 14. Januar 2014 grösstenteils von Praktikern gegründet. Die vpl will:

- eine produzierende Landwirtschaft zur Verbesserung der Nahrungssicherheit
- den Kulturlandverlust stoppen
- den administrativen Aufwand abbauen
- die einheimische Landwirtschaft vor vermehrten Importen und einer zunehmenden Liberalisierung der Agrarmärkte schützen.

- nicht alle vier Jahre eine neue Agrarpolitik und somit mehr Planungssicherheit
- Mit der sogenannten Ernährungssicherungsinitiative, die sehr gut gestartet ist und zum Teil auch von linken Parteien unterstützt wird, will der vpl zwei Grundsatzfragen klären:
- Wollen wir in der Schweiz noch eine Landwirtschaft? Ja oder Nein?
- Soll diese Landwirtschaft für die Bevölkerung z.B. Milch, Fleisch, Getreide und Kartoffeln produzieren? Ja oder Nein? US

stiegen die Vollzeitstellen in der Verwaltung. Allein im Amt für Landwirtschaft und Natur (Lanat) des Kantons Bern seien 400 Personen beschäftigt, die immer mehr Weisungen und Kontrollmechanismen ausbrüten und damit die Produktion behindern und schwächen würden. Die Auflagen und Vorschriften seien dermassen verworren geworden, dass selbst bestens geschulte Landwirte den Überblick verlore und Beratung in Anspruch nehmen müssten.

Nicht eben dienlich fürs Verständnis der Anwesenden gegenüber der Verwaltung waren die Lohnvergleiche, die am Abend vorgeführt wurden: Demnach wird ein Bediensteter im Lanat mit jährlich über 120 000 Franken entlohnt, ein bäuerlicher Familienbetrieb kommt auf durchschnittlich 50 000 Franken Jahreseinkommen.

Knutti wies auch auf seine dringliche Motion zuhanden des Regierungsrats hin. Darin verlangt er, dass der administrative Aufwand für die Bauern und die Anzahl der Angestellten beim Lanat verkleinert und die Kontrollen in den Betrieben vereinfacht und auf ein Minimum beschränkt werden.

Bauern müssen planen können

Grossrat und Bergbauer Samuel Graber (Horrenbach) forderte in seinen Ausführungen ein Umdenken bezüglich der Dauer der Planungsperioden. Wenn sich die Rahmenbedingungen alle vier Jahre veränderten, sei es praktisch unmöglich, längerfristig zu planen, beispielweise bei Um- oder Neubauten, bei Betriebsumstellungen oder bei der Nachfolgeregelung. Es müssten deshalb Voraussetzungen geschaffen werden, die während mindestens 12 bis 15 Jahren Gültigkeit hätten, ohne dass in dieser Zeit grössere Anpassungen verlangt würden.

KOMMENTAR



Am gleichen Strick ziehen

Dass Bauern auf hohem Niveau jammern, ist eine verbreitete Meinung. Wenn man ihnen aber aufmerksam zuhört, bekommt man den Eindruck, sie stöhnen zu Recht über die AP 2014–2017, über das aufgeblasene Machwerk, das sie umsetzen müssen und das ihnen die Arbeit unnötig erschwert. Geschichten wie die des Landwirtes, der zuerst den Mittelstreifen des Karrweges auf seinem Grundstück begrünen muss, bevor er in einer bestimmten Kategorie bezugsberechtigt werden kann, sind schlicht und einfach hanebüchen.

In der nie endenden und leidigen Agrardiskussion fällt indes auch auf, dass die Landwirte oft an ungleichen Stricken ziehen. Jeder, ob Bergbauer oder Kartoffelproduzent, Mastviehhalter oder Milchlieferant versucht natürlich, für sich das Beste herauszuholen. Neid ist ein menschlicher Charakterzug und wenn es ums Geldverteilen geht, gibt es meistens Krach. Dem Staat kommt diese Situation wohl zu Gute: Mit zerstrittenen Untertanen wird man eher fertig, und die Beamenschaft setzt ihre eigenen Ziele leichter durch. Wenn das tatsächlich so sein sollte, dann erst recht, dann müssten sich die Landwirte landauf, landab zusammenraufen – Neid und Übervorteilung hin oder her – und sich geschlossen diesen Machenschaften widersetzen.

Einigkeit macht stark. Der Spruch mag abgedroschen klingen, aber wahr ist er allemal.

UELI SCHMID

U.SCHMID@FRUTIGLAENDER.CH

UELI SCHMID

Swiss Chamber budgetiert «rote Null»

ADELBODEN Noch sind einige Baustellen zu bewältigen: Der Trägerverein der Kammermusik-Konzertreihe «Swiss Chamber Music Festival SCMF» schloss das erste, verkürzte Vereinsjahr mit einem Defizit von 35 000 Franken ab.

In der idyllisch gelegenen Kunstgalerie von Dorfarzt Walter Bleisch, einem der Mentoren des Swiss Chamber Music Festivals, fanden sich rund zwei Dutzend Vereinsmitglieder ein. Wie viele Mitglieder die im Juni 2013 gegründete Organisation hat, vermochte weder Präsident Beat Giauque noch Geschäftsführerin Christine Lüthi zu sagen. «Die Mitgliederpflege ist eine der noch nicht vollständig gemachten Hausaufgaben», meinte Giauque einleitend. Er beschrieb in seinem Jahresbericht die turbulenten ersten Gehversuche des Vereins und die Schwierigkeiten, eine gemeinsame Sprache und koordiniertes Handeln zwischen dem Intendanten und dem Vorstand zu finden. «Es bestanden oft unterschiedlichste Auffassungen über die Weiterentwicklung des Festivals», steht im Bericht geschrieben. Bekanntlich gipfelten die Meinungsverschiedenheiten in der Trennung von Jörg Conrad im Januar 2014.

Ausgeglichene Rechnung budgetiert

Kassier Hansjürg Josi sprach über die finanziellen Herausforderungen des kommenden Festivals. Das 35 000-Franken-Defizit vom Vorjahr wird Adelboden Tourismus übernehmen und mit dem Beitrag 2014 verrechnen. Dies ermöglicht einen von Altlasten freien Start. Josi rechnet mit Einnahmen von rund



Ab dem 12. September wird die Kirche in Adelboden wieder klassisch bespielt.

BILD PETER FISCHLI / SWISS CHAMBER MUSIC FESTIVAL

143 000 Franken und Ausgaben in nahezu gleicher Höhe. Das Festival 2013 kostete noch 242 000 Franken.

Die Budgetkürzungen umfassen insbesondere die Ausgaben für die Musikauftritte. Im Vorjahr fanden drei Zusatzkonzerte von renommierten Ensembles statt, heuer werden es nur zwei sein. Die Anzahl der Orpheus-Preisträgerkonzerte reduziert sich auf sechs Auftritte. Auch im Marketing wird gespart. Zur Erleichterung des Finanzchefs haben wichtige Institutionen wie die Kulturstiftung Pro Helvetia und die Stiftung Migros-Kulturprozent ihre Unterstützung zugesagt. Das Gleiche gilt für die Gemeinde Adelboden.

Geschäftsführerin blickt in die Zukunft Nachdem alle statutarischen Geschäfte

ohne Gegenstimmen verabschiedet waren, liess Geschäftsführerin Christine Lüthi ihren Gedanken über die Zukunft des Swiss Chamber Festivals freien Lauf. Sie setzt ihren Schwerpunkt auf die enge Zusammenarbeit mit der Orpheus Competition – und damit mit den Schweizerischen Musikhochschulen: «Seit rund 40 Jahren ist der Wettbewerb eine feste Grösse in der Kammermusik-Förderung. Unser Festival ist eine grosse Chance für beide Partner. Die Orpheus-Jury erkürt die Preisträger, in Adelboden treten die besten Musikerinnen und Musiker ihres Faches auf.»

Orpheus-Juroren einbinden

Lüthi möchte die Juroren vermehrt vor Ort in die Konzerte einbinden. Sie denkt an gemeinsame Auftritte der Jurymitglieder mit den Preisträgern und an moderierte Werkstattkonzerte der Musizierenden. Zurzeit präsidiert der bekannte Berner Cellist Thomas Demenga die fünfköpfige Wettbewerbsjury. Lüthi sieht das SCMF als weitere starke Marke der Destination, sie soll für Adelboden als Kulturort stehen. Dem Verein wünscht sie eine stark steigende Mitgliederzahl und eine gute Verankerung sowohl in der Gemeinde als auch in der kulturell interessierten Schweiz.

Zum Abschluss der Versammlung stimmte Gastgeber Walter Bleisch die Besucher mit einem rund zwanzigminütigen Film aus Proben-Mitschnitten vergangener Konzerte auf das nächste Swiss Chamber Music Festival ein, das vom 12.–21. September stattfindet.

RETO KOLLER

Der Ticketvorverkauf ist ab 1. Juni offen. Online-Reservation unter www.kulturticket.ch.

Bikeplausch abgesagt

KANDERSTEG Der 22. Berner Oberländer Bikeplausch wird nicht durchgeführt. Initiant Fredy Grossen musste den Anlass absagen, der administrative Aufwand ist zu gross geworden.

21 Jahre lang wurde der Kandersteger Bikeanlass ohne Probleme durchgeführt – allerdings auch ohne Bewilligung. Dies hat sich nun geändert. Sportliche Veranstaltungen auf öffentlichen Strassen dürfen laut dem kantonalen Strassen- und Schifffahrtsamt nur mit Bewilligung stattfinden. Für die Bewilligungserteilung müssen allerdings diverse Auflagen erfüllt werden. Ein Aufwand, der für den Initianten Fredy Grossen weder verständlich noch mach-

bar ist. «Als mir die Gemeinde mitteilte, dass ich nun eine Bewilligung für den Bikeplausch brauche, war ich eigentlich bereit die Auflagen zu erfüllen», erklärt er. Mit Unterstützung des Tourismusbüros wurde ein Antrag ausgearbeitet. «Plötzlich stellte sich jedoch heraus, dass es mehr werden würde, als erwartet.» Bewilligungen des Jagdinspektors und der Polizei sowie aller betroffenen Land- und Waldeigentümer hätten eingeholt werden müssen. «Irgendwann wurde es mir einfach zu viel», erklärt Grossen frustriert. «Für mich stand immer der Spass im Vordergrund, aber so ist der Aufwand nicht mehr zu rechtfertigen.»

RAHEL VAN OOSTRUM

Besserer Hochwasserschutz

KANDERGRUND Um den Lawinenschutz Mitholz besser vor Hochwasser zu schützen, hat der Regierungsrat des Kantons Bern einen Kredit von 314 000 Franken verabschiedet. Das Projekt sieht den Bau eines rund 75 Meter langen Murgangleitdamms, eines Rückhalterechens für Schwemmholtz und eine Erhöhung des Damms entlang des Saregrabens vor. Schliesslich sind ein Geschieberückhalteraum für rund 10 000 Kubikmeter und ein Zufahrtsweg mit Wendeplatz für den künftigen Gewässerunterhalt geplant.

PD

Kredit für Fussgängerquerungen

AESCHI Auf der Mülenerstrasse wird trotz eines Verbots häufig riskant überholt und die Höchstgeschwindigkeit oft überschritten. Daher sollen in den Bereichen «Suldhalten» und «Auf der Mauer» nun zwei Fussgängerquerungen mit Schutzinseln realisiert werden. Die Mittelinseln sollen den Verkehr beruhigen und die Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger erhöhen, vor allem auch für die Schulkinder aus den Quartieren, die östlich der Kantonsstrasse liegen. Der Regierungsrat hat dafür einen Kredit von 160 000 Franken genehmigt.

PD